



STREIT IST IHR METIER. Sammelklagen, Schiedsgerichtsverfahren, „Asset Recovery“: Die Wirtschaftskanzlei KNOETZL um Patrizia Netal, Alexander Klausner, Florian Haugeneder und Bettina Knötzl (v. l.) gilt als Spezialist für komplexe Auseinandersetzungen.

„Es braucht eine Internationalisierung des Rechtsstandorts Österreich“

Bettina Knötzl, Patrizia Netal, Alexander Klausner und Florian Haugeneder von der Rechtsanwaltskanzlei **KNOETZL** beleuchten die neuen Spielregeln für Verbandsklagen und die Tücken internationaler Schiedsverfahren – und sagen, mit welchen einfachen Mitteln der Gesetzgeber dem Wirtschaftsstandort Österreich auf die Sprünge helfen könnte.

INTERVIEW: **ANDRÉ EXNER**

TREND: KNOETZL gilt als Spezialistin für innovative Streitlösungen. Nun gibt es mit der neuen EU-Verbandsklagen-Richtlinie neue Spielregeln. Wie sind diese zu beurteilen?

BETTINA KNÖTZL: Die Umsetzung der Richtlinie war dringend vonnöten, wir hatten schon ein EU-Vertragsverletzungsverfahren am Hals, weil der Gesetzgeber damit zu lange gezögert hat. Es war eine „Zangengeburt“, weil es nicht einfach war, dem Konsumentenschutz zu entsprechen, ohne die Sorgen der Wirtschaft vor einer Art neuer Erpressbarkeit zu bestätigen. Durch die Gesetzesänderungen sind allerdings sehr viele Fragen offengeblieben, und die Rechtsunsicherheit ist programmiert.

Das heißt auch mehr Arbeit für KNOETZL als Spezialist:innen. Was ändert sich für Unternehmen, was für Konsument:innen?

ALEXANDER KLAUSER: Bettina Knötzl und ich waren beide Mitglieder der Arbeitsgruppe des Justizministeriums und konnten so die Umsetzung der Richtlinie – die Verbandsklagen-Richtlinie-Umsetzungs-Novelle, kurz VRUN – aus nächster Nähe mitverfolgen und teilweise auch mitgestalten. Dennoch wird uns die VRUN noch sehr viel beschäftigen: Erst die Praxis wird zeigen, wie die Judikatur die eine oder andere Bestimmung auslegt, die nicht

100-prozentig klar ist. Es wird daher in Zukunft vermehrt auf Konfliktlösung spezialisierte Kanzleien wie KNOETZL brauchen, um die Parteien bei diesem komplexen Instrument der neuen Verbandsklage kompetent zu unterstützen.

Was ist bei der neuen Verbandsklage besonders zu beachten?

KLAUSER: Ein Kernpunkt ist das neue Zwischenfeststellungsverfahren bei der Verbandsklage auf Abhilfe. Es soll ermöglichen, dass die entscheidenden Fragen, die allen Ansprüchen gemeinsam sind, bereits zu einem frühen Zeitpunkt geklärt werden. Dann müssen Detailfragen, welche die einzelnen Ansprüche betreffen, vielleicht nicht mehr vor Gericht ausgetritten werden, sondern der gesamte Konflikt kann durch einen Vergleich oder durch eine Mediation gelöst werden. Dies schafft Rechtsfrieden und schont Ressourcen – sowohl bei den Parteien als auch in der Justiz. Das alles wird aber nur gelingen, wenn die neue Verbandsklage in der Praxis sinnvoll angewendet wird.

Wird deswegen künftig weniger vor Gericht gestritten?

KLAUSER: Verfahren über die so genannte „Sammelklage österreichischer Prägung“, die es schon bisher gab, wurden in der Vergangenheit ebenfalls meist durch Vergleich erledigt. In der

Praxis stellt sich auf beiden Seiten früher oder später ausreichend Vernunft ein, sodass es zu einer Einigung kommt – das ist auch unsere Rolle von als in Mediation geschulten Expert:innen, diese herbeizuführen. Leider wurde es beim neuen Gesetz verabsäumt, solche Vergleiche mehr zu fördern. Denn eine Sammel- oder Verbandsklage kann eine enorme Belastung für Unternehmen sein, bezüglich der Reputation, aber auch bezüglich der Ressourcen, die sie bindet. Hier zur effizienten, schnellen Lösung zu kommen, ist daher auch im Interesse der Unternehmerseite.

KNÖTZL: In diesem Zusammenhang ist auf eine entscheidende Änderung der Rechtslage zugunsten der Konsumenten und zu Lasten der Unternehmer hinzuweisen, nämlich die Verlängerung der Verjährungsfristen. Bisher konnten Unternehmen bei massenhaften Streitfällen oft zuwarten, ob sie wirklich von allen potenziellen Anspruchstellern geklagt werden; und darauf hoffen, dass inzwischen die Verjährung eintritt. Das wurde durch die neue Rechtslage erheblich erschwert: Sowohl die Verbandsklage auf Unterlassung als auch die Verbandsklage auf Abhilfe hemmen nämlich mit Klags-einbringung die Verjährung für alle betroffenen Ansprüche. Bei der Abhilfeklage gilt dies auch für jene Konsument:innen, die dem Verfahren ▶



„Österreich als Brücke zwischen Ost und West wäre perfekt geeignet, um als Kompetenzzentrum für internationale Streitlösung zu fungieren.“

BETTINA KNÖTZL



„Es wandern etliche Fälle, die in Österreich ausgetritten werden sollten, in andere Länder ab: Es ist absurd, wie teuer bei uns das Streiten ist.“

PATRIZIA NETAL



„Der Energiebereich ist vom Thema EU-Sanktionen gegen Russland massiv betroffen: Es gibt viele Schiedsverfahren über Milliarden von Euro.“

FLORIAN HAUGENEDER

► innerhalb der dafür vorgesehenen Frist nachträglich beitreten.

Welche Rechtsthemen beschäftigen Unternehmen aufgrund der eingetribten Wirtschaftslage besonders?

FLORIAN HAUGENEDER: Einerseits gibt es derzeit viele Schiedsverfahren, in denen eine Insolvenz selbst eine Rolle spielt, wo nämlich eine Partei insolvent und dann das Schiedsverfahren als Prüfungsprozess weitergeführt wird. Das gibt es aufgrund von sehr großen Insolvenzen in Österreich immer öfter. Ein zweiter Bereich ist, dass es aufgrund von geopolitischen Faktoren in den Vertragsbeziehungen großer Unternehmen zu Problemen bei der Vertragserfüllung kommt. Es gibt beispielsweise viele Schiedsverfahren in der Industrie, wo große Anlagen oder andere technisch sehr komplexe Projekte infolge von Lieferkettenproblemen nicht wie geplant errichtet werden können und es deswegen zu Streitigkeiten kommt. Der Energiebereich ist vom Thema EU-Sanktionen gegen Russland massiv betroffen: Es gibt viele Schiedsverfahren mit Streitwerten über Milliarden von Euro, weil Verträge nicht wie geplant einge-

halten werden können – beispielsweise Erdgas-Lieferverträge. Dazu kommt, dass aufgrund der Sanktionen und der starken Volatilität der Energiepreise jetzt in vielen Bereichen, die indirekt vom Erdgaspreis abhängig sind, Schiedsverfahren geführt werden, weil die potenziellen Gewinne, die man sich erwartet oder die potenziellen Schäden, die man befürchtet, riesig sind.

Beim Thema Erdgas-Lieferverträge denkt man an prominente Fälle: Beschäftigt sich KNOETZL mit diesen?

PATRIZIA NETAL: Über konkrete Namen können wir nicht sprechen – nur so viel: KNOETZL hat sehr viel Expertise in diesem Bereich, betreut namhafte Energieunternehmen und hat sehr gute internationale Netzwerke. Diese helfen uns auch, auf internationaler Ebene effizient zusammenzuarbeiten und bei Bedarf sehr rasch länderübergreifend Zugriffe auf bestimmte Vermögensgegenstände zu gewährleisten – einer unserer Spezialbereiche ist „Asset Recovery“.

KNÖTZL: Ohne Namen von Klient:innen zu nennen, haben wir dabei schon Vermögensteile gesichert, die sehr speziell waren: ein Schiff auf der Donau, wir

haben Yachten über Ozeane verfolgt und wertvolle Kunstsammlungen sowie teure Oldtimer „eingefangen“ oder die Ausgabe einer Anleihe verhindert. Dabei ist es eine besondere Herausforderung, wenn die Assets sehr mobil sind. Beispielsweise konnten wir unlängst ein Flugzeug sichern. Das muss extrem schnell gehen.

Das heißt, es gibt derzeit viele Fälle, wo es um wertvolle Assets geht oder die Streitwerte sehr hoch sind?

NETAL: Ja, die Streitwerte werden immer größer. Auch aus diesem Grund wäre es in Österreich ratsam, die Pauschalgebühr für hohe Streitwerte zu deckeln. Es wandern etliche Fälle, die in Österreich ausgetritten werden sollten, in andere Länder ab: Das sieht man auch im Schiedsbereich, wenn Parteien den Sitz des Schiedsgerichts nachträglich ändern wollen, weil sie in Österreich bei einem Streitwert von 100 Millionen bereits fünf Millionen Euro an Gebühren für die eingeschränkte gerichtliche Kontrolle eines Schiedsspruchs in einem Aufhebungsverfahren entrichten müssten. Es ist auch in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit nicht haltbar, dass Unter-



„Wenn die neue Verbandsklage sinnvoll angewendet wird, können die Fragen frühzeitig geklärt werden. Das schafft Rechtsfrieden und schont Ressourcen.“

ALEXANDER KLAUSER

nehmen aufgrund der hohen Kosten von Aufhebungsverfahren der Rechtsschutz vor Gericht erschwert wird.

KNÖTZL: Es ist haarsträubend, wie teuer bei uns das Streiten vor Gericht ist. Bei einer 500-Millionen-Euro-Causa zahlt man über drei Instanzen 27 Millionen Euro Pauschalgebühr. Das will sich niemand leisten; und die Konsequenz ist, dass die Fälle ins günstigere Ausland, beispielsweise in die Schweiz abwandern. Wir benötigen dringend Reformen. Es ist im Regierungsprogramm vorgesehen, dass zum Beispiel die Vergleichsgebühr abgeschafft wird – das sollte endlich umgesetzt werden.

HAUGENEDER: Das ist für den Wirtschafts- und Rechtsstandort Österreich ein echter Rückschlag, und andere Länder zeigen, wie hoch das Potenzial bei einem anderen Zugang zum Thema ist – nicht von ungefähr ist London ein führender Justizstandort geworden. Auch die Vergleichsgebühren sind hierzulande im internationalen Vergleich einmalig: Wir schließen gerade in Österreich eine riesengroße Causa ab. Die wird mit einem Vergleich im Ausland enden – das müsste nicht sein: Warum bestraft der Gesetzgeber in Österreich die Parteien

dafür, dass sie sich vergleichen? Auf der anderen Seite genießen in Österreich sehr reiche Personen oder Privatstiftungen den vollen Konsumentenschutz. Damit sind diese praktisch ausgenommen von der Schiedsgerichtsbarkeit, obwohl dies mit dem klassischen Konsumentenschutz wenig zu tun hat. All diese Bereiche wären leicht zu reformieren, würden auch politisch keine Wellen verursachen und nichts kosten – aber den Wirtschafts- und Justizstandort Österreich enorm unterstützen.

Welche weiteren Schritte könnten den Rechtsstandort unterstützen?

KNÖTZL: Es braucht eine Internationalisierung des Rechtsstandortes. Österreich als Brücke zwischen Ost und West wäre perfekt geeignet, um als Kompetenzzentrum für internationale Streitlösung zu fungieren, mit entsprechend positiven Auswirkungen auf die Wertschöpfung im Tourismus und die Dienstleistungsbranche. Gemeinsam mit der ehemaligen Präsidentin des Handelsgerichts Wien und MIT VIAC treten wir für die Implementierung einer „internationalen Handelsgerichtsbarkeit“ in Österreich ein. Doch von der Politik wird das noch nicht genug unterstützt. Wir schaffen es nicht einmal, zu erlauben, dass Urkunden – wohlgemerkt bei Zustimmung aller beteiligten Parteien – auf Englisch vorgelegt werden können. Alles muss übersetzt werden, selbst in Fällen, wo internationale Parteien die ganze Zeit miteinander auf Englisch verhandelt haben.

Eine Frage zum Schluss: Alle reden von KI. Wie hilft diese bereits?

KNÖTZL: Viele Aufgaben, die früher von Rechtsanwaltsanwärt:innen erledigt wurden, werden heute von der KI gemacht: Zusammenfassungen, Übersetzungen, Tabellen und vieles mehr. Doch in komplexen Fällen ausgeklügelte Strategien zu entwickeln, schwierige Rechtsfragen zu lösen oder kreative Ideen zu liefern, übersteigt – jedenfalls derzeit – die Kompetenzen der KI. Noch kann keine KI vor Gericht vertreten. Das heißt: Gerade die spannenden und herausfordernden Tätigkeiten, die uns besondere Freude bei der Arbeit machen, nimmt uns die KI nicht ab – und das ist auch gut so.

EIN STARKES TEAM

Die Rechtsanwaltskanzlei KNOETZL feiert heuer zehn Jahre im Einsatz für intelligente Streitlösung.



KNOETZL, eine führende österreichische Anwaltskanzlei, ist bekannt für einen intelligenten, praxis- und ergebnisorientierten Ansatz bei der Lösung der komplexesten Streitigkeiten. Neben den Gründungspartner:innen Bettina Knötzl, Florian Haugeneder, Patrizia Netal, Katrin Hanschitz und Tim Pfister bildet das aus handverlesenen, hochspezialisierten Anwält:innen bestehende Team von KNOETZL, das zum Jahresanfang um Alexander Klauser erweitert wurde, eine der stärksten Dispute-Resolution-Praxen Österreichs.

PROMINENTE FÄLLE. Die bei unabhängigen Rankings mehrfach prämierte Kanzlei mit Sitz in der Herrengasse in Wien betreut prominente Mandant:innen, die von international tätigen Unternehmen bis zu Private Clients reichen, und hat sich dabei auch als zuverlässiger Partner globaler Anwaltssozialitäten bei milliardenschweren Streitfällen etabliert. Ein prominenter Fall war beispielsweise, als die Kanzlei über viele Jahre die Casinos Austria bei einem internationalen Schiedsgerichtsverfahren gegen Argentinien unterstützte. Die Causa endete mit dem Sieg der Mandantin: Die Casinos Austria bekamen vom Schiedsgericht ICSID (International Centre for Settlement of Investment Disputes) 36 Millionen US-Dollar Schadenersatz zugesprochen, nachdem ihrem Tochterunternehmen eine wertvolle Glücksspiellizenz rechtswidrig entzogen wurde.

www.knoetzl.com